

Göttingen

„Man muss sich der Realität stellen“

„Was können wir jetzt noch tun?“ Diese Frage stand bei einem Treffen der Nonnenstieg-Bürgerinitiative am Donnerstagabend im Mittelpunkt. Zuvor wurde über den Sachstand für die beiden großen Bauprojekte am IWF-Gelände und am Nikolausberger Weg informiert.

Im Osten der Stadt sind zwei größere Bauprojekte geplant.

Quelle: Meder



Göttingen. Für die geplante Bebauung eines privaten Investors auf dem Areal des früheren Instituts für den Wissenschaftlichen Film (IWF) läuft das Bebauungsplan (B-Plan)-Verfahren seit 2012. Weil schon die ersten Entwürfe für die Bebauung des Geländes auf Protest der Anwohner stieß, gründete sich noch im selben Jahr die Bürgerinitiative (BI). Es folgten Proteste und Planänderungen. Dreimal war der B-Plan „Südlich Nonnenstieg“ in der öffentlichen Auslegung. Eine Entscheidung der Kommunalpolitik über die im Oktober 2014 ausgewerteten Einwendungen auf die dritte Auslegung war nicht erfolgt. Das Thema wurde vertagt.

Zwischenzeitlich wurde das IWF als Flüchtlingsunterkunft benötigt, ab 2018 soll das Gelände dann als allgemeines Wohngebiet genutzt werden. Die seinerzeit vertagte B-Planung wurde noch einmal überarbeitet und liegt nun im vierten Entwurf aus. Noch bis zum 5. November besteht die Gelegenheit, Einwendungen zu den geänderten Punkten abzugeben. Vor allem aber hat die Politik noch nicht über die mehr als 400 einzelnen Einwendungen und deren Bewertung durch die Verwaltung aus der dritten Änderung abgestimmt. Diese seien bislang nur in die vierte Planvariante eingearbeitet worden.

„Eher verschlimmert“

Gegenüber Oktober 2014, fasste BI-Sprecherin Elizabeth Gregorius zusammen, habe sich die Planung „eher verschlimmert“. Kritikpunkte seien nach wie vor die „viel zu hohe Dichte der Bebauung“ und die zu erwartende Verkehrsentwicklung. Zwar sei eine kleinere Baufläche herausgenommen worden, doch die Traufhöhen der verbliebenen Baukörper sei um maximal einen Meter angehoben worden. Außerdem würden die vorhandene „hochwertigen Grünstrukturen“ weitgehend vernichtet. 15 Prozent der Wohnungen sollen als sozialer Wohnungsbau errichtet werden, wobei die Kaltmiete zehn Jahre lang unter sieben Euro liegen soll.

In der Diskussion stellte einer der Zuhörer die Frage „Wer bezahlt die Verwaltung für diese Wahnsinnsplanung?“, ein anderer kommentierte die geplante B-Planung mit den Worten: „Das widerspricht jeglichem Nachhaltigkeitsgedanken der Stadt“.

Anwohnerbeteiligung „von Vorteil“

Auch die vor wenigen Tagen von der Wohnungsgenossenschaft Göttingen vorgestellte Planung für ihr Neubauprojekt am Nikolausberger Weg / Am Kreuze – Luftlinie etwa 112 Meter vom IWF-Gelände entfernt – wird von der BI unter anderem wegen der Dimensionen kritisch gesehen. Aber immerhin seien hier Anwohnervertreter im bisherigen Verfahren beteiligt worden. Francisco Welter-Schultes, BI-Mitglied und für die Piraten im Rat der Stadt, fragte, ob die Anwohnerbeteiligung wie beim Projekt der Wohnungsgenossenschaft praktiziert, Vorbild für andere Großprojekte in der Stadt sein könnte. Sie hätten zwar kein Stimmrecht gehabt, antwortete Dorothea Heise, aber unterm Strich habe das Verfahren die Transparenz erhöht und sie hätten die Möglichkeit bekommen, die Meinung der Anwohner zu sagen. „Das ist für alle Seiten von Vorteil“, waren sich Heise und Helga Hauenschild einig.

Beide großen Bauprojekte werden für Baulärm und Erschütterungen sorgen, fasste Thomas Bauersweg von der BI zusammen. Die Verkehrsproblematik und auch mögliche Probleme mit Oberflächenwasser bei Starkregen werden von Bewohnern im Quartier mit Sorge gesehen. In der Stadt sei zwar Konsens, dass Wohnraum benötigt werde. Darauf hatte auch SPD-Ratsfrau Helmi Behbehani während der Diskussionsrunde hingewiesen. Man könne zwar alle möglichen Einwände vorbringen, sagte Bauersweg, aber man „muss sich doch der Realität stellen“. Beide Bauprojekte sollen Platz für bis zu 600 Menschen haben. Bauersweg warnte, die Integrationsfähigkeit im Quartier nicht zu überfordern.

Von Britta Eichner-Ramm